Unser Programm:

Sozial. Gerecht. Für Augsburg.

#augsburgsozial

DIE LINKE.

Mit unserem Oberbürgermeisterkandidaten Frederik Hintermayr und einem 60-köpfigen Kandidat*innen-Team für den Augsburger Stadtrat treten wir zur Kommunalwahl an. Mehr Infos gibt es auf: www.augsburg-sozial.de

Unser Team für Augsburg:

Oberbürgermeisterkandidat: Frederik Hintermayr

Die Liste zur Kommunalwahl 2020:

1 Hintermayr, Frederik
2 Wilholm, Christine
3 Lindner, Rebecca
4 Lubecki, Tim
5 Diron, Anke
6 Tuncer, Cengiz
7 Schulz, Johanna
8 Effenberger, Fritz
9 Bruckbauer, Julia
10 Richter, Maximilian
11 Diron, Lea
12 Mayer, Andreas
13 Breth, Rebekka
14 Hartlaub, Sven
15 Zinke, Julia
16 Mayer, Patrick
17 Sommerrock, Jana
18 Reischl, Julian
19 Moosrainer, Tanja
20 Reiß, Hubert
21 Bichler, Gabriele
22 Möckl, Philipp
23 Dettmann, Susann
24 Bevc, Tobias
25 Buck, Rose-Marie
26 Möller, Mark
27 Schöberl, Rebecca
28 Stuhlmüller, Nicolai
29 Arnold, Cornelia
30 Klingelhöfer, Thomas
31 Kemper, Neele
32 Albig, Marcel
33 Seiler, Judith
34 Huber, Kai Erik
35 Blößner, Lore
36 Miehle, Brian
37 Bernitt, Dina
38 Parys, Matthias
39 Heinrich, Victoria
40 Schollenberg, Fabian
41 Thebe, Johanna
42 Küpfer, Julian
43 Stützel-Ackermann, Nelishan
44 Nicklisch, René
45 Gomoluch, Marion
46 Gampel, Benjamin
47 Niessen, Pia
48 Simsek, Ekrem
49 Hintermayr, Gabriele
50 Teichmüller, Benjamin
51 Hamurcu, Zera
52 Böck, Daniel
53 Schnarz, Susanne
54 Magg, Sajmon
55 Rupprecht, Anita
56 Makkos, Thomas
57 Wagner, Marian
58 Tuncer, Hüsametin
59 Fischer, Maximilian
60 Hieber, Max

Unser Programm: Sozial. Gerecht. Für Augsburg.

Inhaltsverzeichnis

Eine Stadt für alle 4
- Augsburg mitbestimmt 4
- Augsburg bereit für die Jugend 5
- Augsburg seniorengerecht 5
- Augsburg feministisch 6
- Augsburg diskriminierungsfrei 7
- Augsburg solidarisch 8
- Augsburg gesund und gut gepflegt 8
- Hilfe statt Kriminalisierung 9
- Augsburg weltoffen 9
- Augsburg, aber sicher! 9

Mobilität – damit sich was bewegt in Augsburg! 10
Respekt und Recht auf gute Arbeit 11
Armut abschaffen! 11
20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen für Augsburg 12
Bildung – kostenfrei, ein Leben lang 13
Kultur – etwas erleben in Augsburg 14
Kein Raum für Nazis und Faschisten! 15
Umwelt, Nachhaltigkeit, Tierschutz 15
Friedensstadt? Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion 17
Wer soll das bezahlen? 17

Sozial. Gerecht. Für Augsburg.

Am 15. März 2020 finden die Wahlen zum Augsburger Stadtrat statt. Sie haben die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt entwickelt.
Seit 2014 regiert in Augsburg eine „ganz große Koalition“ aus CSU, SPD und GRÜNEN. Diese Regierung ist nicht in der Lage, die Probleme unserer Stadt zu lösen. Im Gegenteil: Die Mieten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Es fehlen in Augsburg 20.000 bezahlbare Wohnungen. Die Preise des Nahverkehrs haben sich seit der Tarifreform 2018 innerstädtisch teilweise verdoppelt. Kulturelle Teilhabe der Menschen scheitert am Geldbeutel. Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort. Linke Kommunalpolitik heißt, einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. DIE LINKE verbindet die Arbeit im Stadtrat mit dem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen, in Sozial- und Umweltverbänden, in Sportvereinen, in der Flüchtlingshilfe und als soziale Kraft in der Nachbarschaft. Demokratie beginnt vor Ort. Stört es Sie, dass in Augsburg Millionen für Prestigeprojekte ausgegeben werden, für Bildung und Soziales aber kein Geld da ist? Finden Sie es unfair, dass Menschen arbeiten und trotzdem arm sind? Frustriert es Sie, dass es in Augsburg zu wenig bezahlbare Wohnungen gibt? Nerven Sie überhöhte Preise für Bus, Straßenbahn, Schwimmbad und Theater? Wenn ja, dann helfen Sie uns, dies gemeinsam zu ändern! DIE LINKE kämpft für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist und nicht von ihrem Vermögen lebt. Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Diese Bereiche müssen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden, um eine faire Daseinsvorsorge im Interesse der Allgemeinheit sowie der Ökologie für alle Bürger*innen sicherstellen zu können.
Der Frieden ist unser wichtigstes Gut. DIE LINKE setzt sich für eine allseitige Unterstützung der Friedensbewegung auch gerade durch kommunale Parlamente ein.
Sozial. Gerecht. Für Augsburg!

Eine Stadt für alle

Augsburg mitbestimmt

Alle sechs Jahre den Stadtrat zu wählen, reicht nicht aus, um die Bürger*innen tatsächlich zu beteiligen! Um den verschiedensten Anliegen der vielfältigen städtischen Gemeinschaft gerecht zu werden, ist ein ständiger Austausch der Bürger*innen untereinander sowie mit den verantwortlich Handelnden sinnvoll und nötig. Wir begreifen den Stadtrat nicht wie die aktuelle Regierung als Verwaltungsgremium, sondern als klar politisches Gremium, da dieser entscheidet, wohin sich unsere Stadt entwickelt. Wer hier lebt, soll mitbestimmen! Daher ist die Beteiligung dauerhaft sicherzustellen und wohnortsnah zu gestalten. Zudem müssen die Prozesse und Beschlüsse der städtischen Verwaltung transparenter werden. Schluss mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit bei Stadtratssitzungen und Beschlüssen!

Deshalb fordert DIE LINKE:

- der gesamte Haushaltsplan der Stadt Augsburg muss online zur Verfügung stehen
- Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, über den Haushalt abzustimmen und Vorschläge zu machen
- Einrichtung von Stadtteilausschüssen
- kommunales Wahlrecht für alle Bewohner*innen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit
- Einbeziehung der Anwohner*innen in die Stadtplanung
- Einrichtung eines Schüler*innen- und Jugendparlamentes mit echten Entscheidungsbefugnissen
- Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse müssen grundsätzlich öffentlich sein
- Rederecht und Antragsrecht für alle Beiräte der Stadt in den betreffenden Ausschusssitzungen und in Stadtratssitzungen
- Videoübertragung der Stadtratssitzungen
- regelmäßige „Rathausrundschau“ mit Veröffentlichung von Anträgen und Abstimmungen aus dem Stadtrat

- Einführung einer Open-Source-Bürgerbeteiligungssoftware, z.B. CONSUL, für leichte, inklusive und barrierefreie Bürgerpartizipation an städtischen Entscheidungen
- Beteiligung der Augsburger Bürger*innen bei der Entwicklung der städtischen Digitalisierungsstrategie, am besten unter Verwendung einer Bürgerbeteiligungssoftware, z.B. CONSUL
- Ausbau und Vereinfachung des Ratsinformationssystems für die Bürger*innen
- eine Ende-zu-Ende-verschlüsselte und damit sichere Kommunikation mit Ämtern

Augsburg bereit für die Jugend

Nicht zuletzt Fridays for Future hat gezeigt: Die Jugend ist politisch und muss in demokratische Prozesse unserer Stadtgesellschaft eingebunden werden. Erst die konkrete Mitbestimmung und das Erlebnis, in der Kommune etwas verändern zu können, fördern die Identifikation mit der Demokratie. In Jugendzentren können Jugendliche selbstbestimmt ihre Freizeit verbringen, eigene Ideen entwickeln und verwirklichen. Daher stellen Jugendzentren einen wichtigen Eckpfeiler kommunaler Jugend- und Präventionspolitik dar.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren
- Aufbau eines Jugendparlamentes, wie es dies bereits in vielen anderen Städten gibt: Das Jugendparlament ist die Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen und vertritt jugendpolitische Themen und jugendliche Anliegen gegenüber der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung. Das Jugendparlament ist Ansprechpartner für junge Menschen auch außerhalb dieser Altersgrenzen, die ihren Hauptwohnsitz in Augsburg haben und sich einbringen möchten. Die Abgeordneten des Jugendparlaments haben Rederecht in Stadtratssitzungen und allen das Jugendparlament betreffenden Ausschüssen. Sie können dort auch Anträge stellen, die vom Stadtrat und den Ausschüssen behandelt werden müssen. Das Jugendparlament bekommt eigene Räumlichkeiten und gibt sich selbst eine Satzung, die alle weiteren Formalitäten bestimmt.
- Ausbau von Jugendzentren mit gut bezahlten Sozialarbeiter*innen in allen Augsburger Stadtteilen
- flächendeckende Gewährleistung von leicht zugänglicher Jugendsozialarbeit
- Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und alle weiteren Formen von Diskriminierung wendet
- Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur und Unterstützung von Freiräumen
- jährliche Steigerung der städtischen Haushaltsmittel für die Kinder- und Jugendarbeit zur Sicherung ihrer Kontinuität und ihres steigenden Bedarfs

Augsburg seniorengerecht

Das Durchschnittsalter der Augsburger*innen wird laut Prognose des Statistischen Landesamtes deutlich steigen. Der Anteil der Menschen über 65 Jahren wird in Augsburg im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung wachsen. Die Stadt Augsburg muss den Bedürfnissen aller Senior*innen gerecht werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- städtische Seniorentreffs in allen Augsburger Stadtteilen
- leicht zugängliches Beratungsangebot für Senior*innen
- Ausbau von Wohnformen wie Mehr-Generationen-Häuser
- Ausbau von städtischen Tagespflegeplätzen für pflegebedürftige Senior*innen
- Augsburg barrierefrei

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Das Thema Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betrifft alle Menschen in Augsburg. Barrierefreiheit hilft uns allen: sei es nach einem Unfall, im Alter oder mit einem Kinderwagen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Erweiterung der Befugnisse des Behindertenbeirats

- barrierefreier öffentlicher Nahverkehr durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen sowie Anpassung für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung
- deutliche Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderung
- mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben
- Erweiterung des Blindenleitsystems, Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln
- vor wichtigen Gebäuden Installation von Stelen mit Braille-Schrift, auf denen die wichtigsten Daten des Gebäudes zu lesen sind
- alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen barrierefrei zugänglich und so gestaltet sein, dass alle Bürger*innen teilnehmen können (bei Bedarf Gebärdendolmetscher*in u. Ä.)
- barrierefreie Gestaltung der Homepage und anderer städtischer Informationskanäle sowie Verfügbarkeit in leichter Sprache
- Möglichkeit für Bürger*innen, die sich politisch organisieren, Gebärdendolmetscher*innen über die Stadt finanzieren zu lassen, damit jede*r die Möglichkeit hat, sich politisch zu beteiligen

Augsburg feministisch

Der Anteil an Frauen beträgt in etwa die Hälfte der Bevölkerung, in Augsburg leben 51 % Frauen. Dennoch sind Frauen auch hier in kommunalen Gremien und Vorständen in der Minderheit. Damit bestimmen meist Männer über die Belange von Frauen. Die Auswirkungen sind unübersehbar: Das Frauenzentrum ist unterfinanziert, es fehlen ausreichend Plätze im Frauenhaus, die Kinderbetreuungsplätze reichen nicht aus. Frauen leisten im Schnitt doppelt so viel unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit als Männer, arbeiten im Niedriglohnbereich und gerade alleinerziehende Mütter sind auch in unserer Stadt armutsgefährdet. Von echter Gleichstellung sind wir in Augsburg immer noch weit entfernt. Den Frauen die halbe Welt und die halbe Stadt!

Deshalb fordert DIE LINKE:

- eine verbindliche FINT-Quote (Frauen, Inter-, Nonbinary- und Trans*personen) in allen Gremien der Stadt
- ein Verbot sexistischer Werbung in Publikationen der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften sowie im öffentlichen Raum durch Verankerung in den Städtewerbungsverträgen
- ausreichend finanzielle Unterstützung feministischer Arbeit bzw. Arbeit für Frauen
- mehr Frauenhäuser – Frauen werden überproportional häufig Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt, doch die Stadt Augsburg tut viel zu wenig, um Schutz zu bieten; so gibt es in Augsburg nur ein Frauenhaus mit 42 Plätzen, das in der Regel nicht einmal die Hälfte der schutzsuchenden Frauen und Kinder aufnehmen kann
- mehr niedrigschwellige Beratungsangebote für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt, Frauen zählen überproportional zu diesen Opfern
- Durchsetzung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG), welches Opfern sexualisierter Gewalt bei ihren Prozessen Psychosoziale Prozessbegleitung gewährleistet – faktisch wird dieses Gesetz in Augsburg bisher nicht durchgesetzt, obwohl diese Hilfe seit 2017 bundesweit gewährleistet werden müsste
- stärkere finanzielle Unterstützung des Traumahilfe Netzwerks Augsburgs und umfassendere Bereitstellung von flächendeckenden Opferschutzambulanzen für Opfer häuslicher oder sexualisierter Gewalt
- stärkere Sensibilisierung in Form von Weiterbildungen von städtischen Beschäftigten und von der Stadt Beauftragten, die beruflich mit Opfern sexualisierter oder häuslicher Gewalt in Kontakt stehen
- eine anonyme Spurensicherung, wie sie in Hamburg, Berlin und München schon seit Jahren eingesetzt wird, diese hilft Betroffenen von sexualisierter Gewalt mit einer rechtssicheren ärztlichen Dokumentation ihrer Verletzungen, ohne dass sofort Anzeige erstattet werden muss
- Ausbau der Subventionen für Beratungsstellen wie pro familia anstatt der Förderung von konfessioneller Schwangerschaftskonfliktberatung
- Sicherstellung eines uneingeschränkten Zugangs zu sicherem Schwangerschaftsabbruch in Augsburg sowie Schutz der Gynäkolog*innen und Beratungsstellen vor Angriffen durch „Abtreibungsgegner*innen“
- umfassende Information über Verhütung und kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln

- 8. März zum Festtag machen! Der Frauenkampftag steht exemplarisch für die Errungenschaften und jahrhundertelangen Kämpfe von Frauen um Gleichberechtigung. Zeit, diese gebührend zu ehren!

Augsburg ist die Stadt mit der größten Anzahl von Prostituierten pro Einwohner in Deutschland und einer der größten Umschlagsplätze für den damit verbundenen Menschenhandel. Die Stadtregierung verschließt die Augen vor diesem massivem Problem: Es gibt aktuell nur zwei kommunal finanzierte Halbtagsstellen für Pädagog*innen, die Beratung für die der Prostitution nachgehenden Frauen* anbieten.
Deshalb fordert DIE LINKE:

- eine deutliche Erhöhung der Stellen für Sozialpädagoginnen*, die Prostituierten helfen
- Stellen, die von säkularen Organisationen geführt werden (anstatt, wie aktuell, durch eine christliche Vereinigung)
- die Möglichkeit für Prostituierte, ihrer Arbeit auch im Stadtgebiet nachzugehen, da das die Thematik rund um Prostitution in der Stadt sichtbarer macht und es in der Stadt für die Frauen in der Regel sicherer ist, zu arbeiten, als an Autobahnzufahrten oder Landstraßen
- Forschung, die durch die Stadt Augsburg beauftragt wird, um die Situation von der Prostitution nachgehenden Frauen in Augsburg zu untersuchen und dadurch bessere Hilfs- und Sicherheitskonzepte zu entwickeln
- eine Aufklärungskampagne der Stadt Augsburg, die auf das Problem der Zwangs- und Armutsprostitution aufmerksam macht

Augsburg diskriminierungsfrei

Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Religion, (sozialer) Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung muss ein Ende haben. Augsburg hat seit mehr als 30 Jahren eine Gleichstellungsstelle. Da trotz der Arbeit dieser Stelle noch viel Diskriminierung vielfältiger Art und Weise an der Tagesordnung ist, muss hier mehr getan werden. Die bisher erreichten Erfolge der Arbeit der Gleichstellungsstelle sind zu unterstützen und auszubauen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- stärkere Sensibilisierung der städtischen Beschäftigten zum Thema Diskriminierung
- Schaffung eines Präventionsgremiums, in welchem soziale Dienste, Verwaltung, Jugendverbände, Schulen und vor allem Betroffene produktiv zusammengeführt werden
- Antragsrecht des Integrationsbeirates im Stadtrat
- Schaffung einer unabhängigen Melde- und Untersuchungsstelle für rechtswidrige Kontrollen und Übergriffe durch Behörden
- Einrichtung eines Untersuchungsgremiums zur Aufarbeitung rechter Strukturen und Personen bei der Polizei
- Beauftragung einer Forschung zum Thema Polizeigewalt
- umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen
- im Sinne der Kampagne „100 % Beratung!" müssen die Zuwendungen der Stadt Augsburg an Vereine wie Wildwasser e.V. an den tatsächlichen Bedarf an Beratung, Prävention, barrierefreien Zugängen und Sprachmittlung angepasst werden, insbesondere müssen diese fester Bestandteil des Haushaltsplans der Stadt Augsburg werden, damit Beratungsstellen sicher aufgestellt sind und nicht jedes Jahr um ihre Existenz bangen müssen.
- Zählung von frauenfeindlich motivierter Gewalt in Augsburg und Umgebung: wenn sich die Landesregierung weigert, Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen, muss die Kommune dieser Aufgabe nachkommen
- einen städtischen Fonds und einen Rechtshilfefonds für Opfer von Diskriminierung und Gewalt, insbesondere von behördlicher und polizeilicher Seite
- Einrichtung einer Stelle für Antidiskriminierung, um den Opfern von Diskriminierung eine Anlaufstelle zu geben und um dieses Thema prominent in der Stadtgesellschaft zu platzieren
- Etablierung einer diskriminierungsfreien Sprache für Veröffentlichungen der Stadt
- Unterstützung bei der Schaffung sowie Finanzierung eines „queeren Zentrums", das sich für die Rechte von LGBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*- und Interpersonen) einsetzt und einen Raum zur Selbstorganisierung bietet
- Akzeptanz und Sichtbarmachung queerer Lebensweisen in der Bildungs- und Erziehungsarbeit

- bessere finanzielle sowie personelle Ausstattung der städtischen Gleichstellungsstelle
- Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer von sexualisierter Gewalt, unabhängig vom Geschlecht des Opfers
- Einrichtung eines „Männerhauses“, also eines Schutzortes für männliche Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt
- Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Horst Seehofer. Es kann nicht sein, dass ein aktiver Politiker diese hohe Ehre erhält. Außerdem äußert sich Seehofer regelmäßig rassistisch und hetzt gegen Migrant*innen – so jemand darf nicht geehrt werden!

Augsburg solidarisch

Der aktuelle Umgang mit Menschen, die vor Krieg, Hunger, Not oder Verfolgung nach Augsburg fliehen, ist unmenschlich. Die Stadt muss sich hier klar solidarisch mit Geflüchteten zeigen und ihrem Ruf nach Gleichberechtigung und menschenwürdiger Unterbringung Folge leisten.

Daher fordert DIE LINKE:

- zusätzliches Geld von Bund und Land für Kommunen, die geflüchtete Menschen aufnehmen, für mehr bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und faire Arbeit für alle
- Augsburg soll sich der Initiative von Bonn, Köln, Düsseldorf, Solingen, Potsdam und Regensburg anschließen und verbunden mit einem bedingungslosen Bekenntnis zur Seenotrettung ihre Bereitschaft zur direkten und unbürokratischen Aufnahme aus Seenot geretteter Geflüchteter erklären (Sichere Hafenstadt)
- menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung, respektvollen Umgang, Beratung und Begleitung, spezielle Angebote für traumatisierte Geflüchtete und gute Integrationsangebote in Ausbildung, Beruf und Gesellschaft
- Ausbau der Angebote für geflüchtete Frauen, z.B. geschützte Unterkünfte
- Einrichtung von Fonds für Dolmetscher*innen für Geflüchtete und Migrant*innen
- Bereitstellung von psychotherapeutischen Angeboten für Geflüchtete
- städtische Rechtshilfe für Geflüchtete
- Verweigerung jeglicher Mitwirkung der Stadt an Abschiebungen

Augsburg gesund und gut gepflegt

Gesundheit ist keine Ware!
Alle Menschen haben Anspruch auf gute medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Geld, Wohnort und Herkunft. Insbesondere für ältere Menschen und Geringverdienende verschlechtert sich zunehmend der Zugang zur notwendigen Gesundheitsversorgung. Sparmaßnahmen und Profitorientierung haben keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. DIE LINKE kämpft für eine am Bedarf unserer Bevölkerung orientierte Gesundheitspolitik.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Wirtschaftlichkeit darf keine Rolle spielen
- wohnortsnahe medizinische Grundversorgung
- gute, auskömmliche Personalausstattung und angemessene Bezahlung in allen städtischen Pflegeeinrichtungen, keine Sparmaßnahmen und Profite auf dem Rücken der Beschäftigten und Patient*innen/Bewohner*innen
- Schaffung von Personalstellen, um Angehörigen eine Unterstützung bei der Pflege zu Hause anbieten zu können
- Schaffung von ausreichend städtischen Kurzzeitpflegeplätzen
- kostenloses Parken für ambulante Pflegedienste
- Förderung und Unterstützung von Hebammen und Entbindungspflegern zur Ausübung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit
- Verbesserung der Informationen über Angebote und Möglichkeiten der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge
- Schaffung einer städtischen Stelle zur Koordinierung von Therapieangeboten
- Ausbau des Angebotes zur Untersuchung und Beratung von sexuell übertragbaren Krankheiten
- Ausbau der städtischen Gesundheitsbildung (z.B. Thema Impfen)

- Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Patent*inneninitiativen
- Sicherstellung eines ärztlichen Angebotes zum sicheren Schwangerschaftsabbruch

Hilfe statt Kriminalisierung

Bayern hat bundesweit die meisten Toten durch den Konsum oder in Verbindung mit dem Konsum illegalisierter Drogen. Dieser traurige Rekord ist einer absolut fehlgeleiteten und repressiven Drogenpolitik geschuldet. Auch in Augsburg kämpfen viele Menschen mit Suchtproblematiken und den Folgen von verunreinigten Drogen.

Daher fordert DIE LINKE:

- ideologie- und vorurteilsfreie Aufklärung über Drogen
- Schaffung eines Drogenkonsumraums in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Schwaben und der Drogenhilfe Schwaben, in dem Konsument*innen saubere Spritzen und andere „Hilfsmittel“ erhalten und unter medizinischer Überwachung konsumieren können – andere Städte haben solche Räume bereits eingerichtet und die Sterblichkeitsrate ist dort stark gesunken
- Finanzierung einer mobilen Drogen-Check-Stelle nach Berliner Vorbild
- finanziell ausreichend ausgestattete Beratungszentren, die ideologie- und vorurteilsfrei Konsument*innen beraten und Hilfsangebote stellen
- Unterstützung für Ärzt*innen, die Substitutionsmedikamente vergeben
- Einrichtung eines „Cannabis Social Clubs“ als Modellprojekt, welches wissenschaftlich begleitet wird: In einer solchen Einrichtung wird die Verfügbarkeit von medizinischem Cannabis für Schmerzpatient*innen sichergestellt, es gibt eine kontrollierte Abgabe an Konsument*innen und der Qualitäts- und Jugendschutz wird gewährleistet. So kann die Stadt ganz konkret der Beschaffungskriminalität, die dann nicht mehr notwendig wäre, den Kampf ansagen und den Schwarzmarkt trockenlegen.

Augsburg weltoffen

In Augsburg gehört rund die Hälfte der Bevölkerung keiner der großen Kirchen an, deshalb dürfen religiöse Regeln und Moralvorstellungen nicht für die Allgemeinheit verbindlich sein.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Tanz-, Vergnügungs- oder Sportveranstaltungen auch an den Feiertagen und „stillen Tagen“, wobei die Religionsausübung nicht gestört werden darf. Wir streiten für ein Ende der Tanzverbote!
- keine kommunalen Amtspersonen in offizieller Funktion auf religiösen Feiern
- keine religiösen Zeichen in kommunalen Gebäuden
- keine Unterstützung von religiös-fundamentalistischen Vereinen und Gruppen durch die Stadt
- weltanschauliche Neutralität in kommunalen Kindergärten und Kindertagesstätten
- keine religiös geprägte kommunale Jugendarbeit
- vollständige Abschaffung der von der Stadt erhobenen Kirchenaustrittsgebühr

Augsburg, aber sicher!

Die Sicherheitspolitik der Stadtregierung basiert hauptsächlich auf massiver Repression und Videoüberwachung. Die konstante Überwachung der Bürger*innen stellt einen völlig unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte von uns allen dar.

DIE LINKE fordert daher:

- sofortiger Stopp der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, beispielsweise dem Königsplatz
- ein Sicherheitskonzept, das nach den Ursachen für Probleme sucht und diese versucht, präventiv zu lösen, beispielsweise durch städtische Streetworker*innen

Mobilität – damit sich was bewegt in Augsburg!

Während in anderen Kommunen die Verkehrswende energisch vorangetrieben wird, versagt die Verkehrspolitik der Stadtregierung aus CSU, SPD und GRÜNEN auf ganzer Linie: Augsburg erstickt im Autoverkehr und in einer verkorksten Tarifreform des ÖPNV wurde die Zone 10 abgeschafft und die Preise zum Januar 2019 nochmals erhöht. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein, heißt, die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Kultur, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie gut zu erreichen. Wir wollen ein lebenswertes Augsburg mit sauberer Luft und attraktiven Alternativen zum Auto. Im Stadtgebiet sollte niemand auf ein eigenes Auto angewiesen sein. Eine attraktive Innenstadt ist komplett autofrei: Oslo, Helsinki, Paris und Freiburg haben sich schon auf den Weg gemacht.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle
- als Zwischenschritt ein kostenloses Sozialticket, damit Renter*innen, Auszubildende, Hartz-IV-Empfangende und Studierende schon jetzt entlastet werden
- eine bessere Anbindung der Stadtteile an Bus und Tram
- die Einbindung des Nachtbusses in den regulären Nahverkehr-Tarif
- einen unabhängigen Fahrgastbeirat, dessen Aufgabe darin liegt, die Interessen der Fahrgäste zu kennen und zu vertreten
- starker Ausbau des ÖPNV in Augsburg und auf dem Augsburger Land
- Erhöhung des Takts, vor allem am Wochenende und des Nachtbusses in der Nacht, um den sicheren Heimweg aller zu garantieren
- barrierefreie Verkehrsmittel
- den Ausbau von Ladestationen für mobile Endgeräte in den Verkehrsmitteln
- Ausbau von P+R-Möglichkeiten

Attraktive Alternativen zum Auto sind möglich, wenn das Auto Raum abgibt für Fahrradstraßen, Busspuren, Fahrradparkplätze und breitere Fußwege. Bisher hat der Autoverkehr Priorität. Wir stärken die Alternativen zum Auto. DIE LINKE fordert auf Bundesebene schon lange eine Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung mit Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts und der leichteren Einrichtung von Fahrradstraßen. Der Anteil des Radverkehrs ist in den letzten Jahren jedoch nur leicht gestiegen und das Augsburger Radwegenetz weist immer noch große Lücken auf. Aber: Mehr Radspuren ohne bauliche Trennung sind keine Lösung. Denn Autos und Lastwagen ignorieren diese Radspuren oftmals – eine Gefahr für die Radfahrer*innen. Im Bereich der Innenstadt ist für den Ausbau räumlich getrennter Radwege zu wenig Platz. Hier muss das Fahrrad Vorrang vor dem Auto haben.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- generelles Tempo 30 in der Stadt
- auf Durchgangsstraßen und breiten Straßen Ausbau von Radwegen, die baulich von der Straße getrennt sind
- im Bereich der Innenstadt Einrichtung von Fahrradstraßen
- Instandhaltung bestehender Radwege
- mehr (überdachte) Fahrradabstellmöglichkeiten wie kostenfreie Fahrradparkhäuser
- zuverlässiger Winterdienst auf allen Radstrecken
- kostenfreies Bikesharing, auch für Lastenräder
- grüne Welle für Fahrräder

DIE LINKE macht Augsburg auch für Fußgänger*innen sicherer und attraktiver.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ausreichend breite und zusammenhängende Gehwege
- mehr Sitzgelegenheiten an den Fußwegen
- Sehbehindertenleitsysteme
- Stadtteilzentren, die nicht autogerecht, sondern menschengerecht sind
- fußläufige Erreichbarkeit aller notwendigen Bedarfe des alltäglichen Lebens

- Plätze mit Bäumen und Bänken ohne Konsumzwang, die zum Verweilen einladen
- längere Grünphasen der Fußgängerampeln

Respekt und Recht auf gute Arbeit

Der Niedriglohnsektor wächst und Leiharbeit und Werkverträge nehmen überhand. Als Folge davon können sich gerade in den Städten immer mehr Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten, von Urlaub ganz zu schweigen. Durch dieses Lohndumping maximieren Einzelne ihre Profite – die sozialen Folgekosten trägt die öffentliche Hand, und zwar durch aufstockende ALG-Leistungen, später durch Grundsicherung im Alter. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen auch deshalb zum Vorreiter im Kampf gegen Niedriglöhne, Tarifflucht und Befristungen werden. Erwerbstätige selbst und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten. In den städtischen Betrieben, beispielsweise bei den Reinigungskräften, der Müllabfuhr, bei der Sozialen Arbeit, in den Kitas und in der Pflege, müssen Tariflöhne – ohne Wenn und Aber – gezahlt werden. Die Stadt muss als Arbeit- und Auftraggeberin mit gutem Beispiel vorangehen!

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Vergabe von Aufträgen nur an tarifgebundene Betriebe
- strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- bei allen Betrieben und Beteiligungen der Stadt einen Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde und eine Auszubildendenmindestvergütung von mindestens 85 % des branchenüblichen Durchschnittslohns
- Vergabesatzung für alle Auftragnehmer*innen von öffentlichen Aufträgen und deren Subunternehmen, welche beinhaltet, dass bei den Auftragnehmer*innen jede*r Mitarbeitende mindestens 13 Euro Stundenlohn erhält und jede*r Auszubildende mindestens 85 % des branchenüblichen Durchschnittslohns. So kann die Stadt Unternehmen verpflichten, soziale Mindeststandards einzuhalten und so das Lohnniveau in Augsburg für alle Stück für Stück anzuheben.
- Einführung einer Augsburg-Zulage bei der Stadt und allen städtischen Beteiligungsgesellschaften zum Ausgleich der steigenden Lebenshaltungskosten
- Rekommunalisierung von ausgegliederten Unternehmen der Stadt
- bei städtischen Arbeitnehmer*innen sind Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse zu ersetzen; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in Vollzeitarbeitsverhältnisse zu garantieren; die Ausgliederung von Arbeitsplätzen ist zu beenden und rückgängig zu machen
- Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften
- Ausbildung von Geflüchteten in städtischen Betrieben, auch über den eigenen Bedarf hinaus
- Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgehende aller Schulformen
- Entwicklung eines Gütesiegels für Augsburg „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den Kammern und Gewerkschaften
- Festanstellung der städtischen Lehrkräfte, da diese bisher in den Ferien häufig entlassen werden
- freie Sonntage für Arbeitnehmer*innen und Abschaffung der verkaufsoffenen Sonntage sowie jede Aufweichung der Ladenschlussgesetze, z.B. durch „Shopping Nights”

Armut abschaffen!

Nirgendwo in Bayern ist das durchschnittliche verfügbare Einkommen so gering wie in Augsburg. Viele Menschen sind schwer von Armut betroffen, so leben beispielsweise 9.000 Augsburger*innen im Hartz-IV-Bezug. Hinzu kommen viele Menschen, die von ihrem Lohn gerade so ihr Leben finanzieren können, Studierende und Auszubildende, die oft in sogenannter „verdeckter Armut“ leben. Dies zeigt ganz deutlich das Versagen der Stadtregierung von Augsburg, allen Menschen ein sicheres Leben und Teilhabe an Gesellschaft zu ermöglichen.
DIE LINKE steht seit ihrer Gründung dafür ein, Armut nicht nur den Kampf anzusagen, sondern gänzlich abzuschaffen. Dazu gehört, den Kampf gegen Hartz IV auf allen Ebenen zu führen! Wir wenden uns gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV.

Daher fordert DIE LINKE:

- gute Arbeitsverhältnisse in allen Bereichen, auf die die Kommune Einfluss hat (siehe Kapitel Respekt und Recht auf gute Arbeit)
- die Stadt muss ihren Einfluss in den Jobcentern zur Reduzierung der Hartz-IV-Sanktionen nutzen
- angemessene Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Berechtigte, von denen die Betroffenen auch wirklich eine Wohnung mieten können; dabei muss sich am Leitbild einer inklusiven, ökologischen und sozial nachhaltigen Daseinsvorsorge orientiert werden
- die Stadt Augsburg soll beim Städtetag dafür kämpfen, dass die Kommunen besser finanziell ausgestatten werden, um Armut abzuschaffen
- ausreichende Unterkünfte für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, damit alle einen Schlafplatz haben, die einen brauchen
- einen Kältebus, der den ganzen Winter lang fährt: niemand darf erfrieren!
- Schaffung einer Beratungsstelle, damit arme Menschen bei der Beantragung von Hilfen, die oft sehr bürokratisch und kompliziert sind, unterstützt werden
- Ausstattung der öffentlichen Mülleimer mit Pfandringen, damit Pfandsammler*innen nicht mehr in verdreckten Müllbehältern wühlen müssen

20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen für Augsburg

Augsburg ist die ärmste Stadt in Bayern. Ein Hauptgrund ist der anhaltende Wegfall tausender gutbezahlter Industriearbeitsplätze. Aus dem teuren München drängen immer mehr Menschen auf den Augsburger Wohnungsmarkt und werden von der aktuellen Stadtregierung sogar aktiv angeworben. Augsburg darf nicht zum Vorort von München werden! Bei den Mietsteigerungen liegt Augsburg bundesweit mit an der Spitze. Der Bestand an Sozialwohnungen sinkt seit 20 Jahren fortlaufend.
Die Stadt Augsburg muss bezahlbaren Wohnraum erwerben, Wohnungen umwidmen und selbst bauen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- jeder Mensch muss einen Anspruch auf eine beheizte Wohnung mit Stromversorgung haben
- 20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von 5 Euro pro Quadratmeter
- keine Sozialwohnung darf jemals aus der Sozialbindung fallen
- bei Bau und Ausstattung soll auf Zweckmäßigkeit und Bedarf der Bürger*innen geachtet werden
- mindestens 50 Prozent des Bauvolumens muss verbilligter Wohnraum und sozialer Wohnraum sein – die Stadt Wien macht es vor
- Vergabe von Bauflächen an den Anbieter, der die dauerhaft niedrigsten Mieten garantiert
- Unterstützung anderer gemeinnütziger Akteure wie Baugenossenschaften, selbstverwalteter Wohnprojekte oder sozialer Träger, um bestehende Sozialwohnungen zu sichern und neue zu erschließen
- höhere Verdichtung der Bebauung und grundsätzliche Zulässigkeit von mindestens sechs Stockwerken
- eine Vermittlungsstelle zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen

Kapitalanleger*innen und Private investieren in Immobilien, um damit Gewinn zu erwirtschaften. Das befeuert die Preise.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- konsequente Bekämpfung spekulativen Leerstands durch Einführung eines Leerstandskatasters sowie Geldbußen für bzw. Enteignung von Eigentümer*innen, die Wohnungen länger als ein Jahr leer stehen lassen
- eine aktive städtische Aufforderung an Eigentümer*innen, ihre leerstehenden Gebäude durch bauliche Sicherheitsmaßnahmen vor dem Verfall zu retten
- Bodenwertsteigerungen privater Eigentümer*innen müssen den Bürger*innen durch Abschöpfung der Gewinne zugutekommen, z. B. durch den Bau sozialer Einrichtungen unbürokratische Förderung privater alternativer Wohnprojekte und Wohngenossenschaften mit preiswerten Grundstücken, sanierungsbedürftigen Altbauten, billigen Krediten bzw. Bürgschaften

- Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen von Wohnraum
- jährliche Anpassung der Erstattung der Kosten der Unterkunft im Sinne des Sozialrechts an die reelle Wohnkostenentwicklung

Bildung – kostenfrei, ein Leben lang

Die Stadt Augsburg muss familienfreundlicher werden. Beispiel Kita-Plätze: 2017 blieben 200 Kinder unversorgt, aktuell fehlen mindestens 400 Betreuungsplätze in Augsburger Kindertagesstätten. Für viele junge Eltern sind die Monate März und April mit stressigem Warten auf eine Zusage für einen der begehrten Kita-Plätze im September verbunden. Wir meinen: Alle Eltern sollten sorgenfrei in die Arbeit gehen können und ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Die wohnortnahe Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in ganz Augsburg muss selbstverständlich werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- kostenlose Kita-Plätze für alle und Bau sowie Ausbau von Kindertagesstätten in Augsburg
- kostenloses gemeinsames und gesundes Frühstück und Mittagessen in allen Schulen und Kindertagesstätten
- inklusive Betreuung mit ausreichendem Betreuungsschlüssel
- entgeltfreie Ferienbetreuung
- Ausbau der städtischen Ausbildungsplätze für pädagogische Berufe
- Mitbestimmungsrechte für Mitarbeiter*innen und Kinder, Schüler*innen in den jeweiligen Einrichtungen
- finanzielle Unterstützung von Heim- und Pflegekindern
- Prüfung der vollständigen Übernahme der konfessionellen Kindertagesstätten durch die Stadt

Als Kommune haben wir wenig Einfluss auf Universität und Hochschule. Dennoch ist es erfreulich, dass beide in den letzten Jahren kräftig gewachsen sind. Gleichzeitig hat dies auch Probleme zur Folge. Das Wachstum im Bereich der Hochschulen und des Uniklinikums fällt in eine Zeit eines sowieso schon sehr angespannten Wohnungsmarktes, weswegen auch die Studierenden keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Hier zeigt sich das Versagen der Stadt, dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nachzukommen. Es muss dringend ein Politikwechsel her!
Auch die Volkshochschule (VHS) ist eine wichtige Bildungsinstitution in Augsburg, die offen ist für alle in Augsburg lebenden Menschen. Der Stadt muss daran gelegen sein, ihr Angebot noch attraktiver zu machen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Unterstützung des Studentenwerkes bei der Schaffung von Wohnraum für studentisches Wohnen, sowohl durch die Bereitstellung von Grundstücken als auch durch finanzielle Unterstützung beim Bau von Wohnheimen
- mindestens Verdoppelung des jährlichen Zuschusses für die VHS
- Ausbau des Angebotes der VHS, vor allem für Zielgruppen, die bisher wenig erreicht werden
- angemessene Bezahlung der Lehrenden an der VHS
- höhere Subventionierung der Teilnahmegebühren der VHS Augsburg für Menschen mit geringem Einkommen, Jugendliche, Senior*innen und Geflüchtete

Die Augsburger Schulen sind größtenteils stark renovierungsbedürftig. Die Stadt hat ihre Schulen in den letzten 30 Jahren sehr vernachlässigt, daher ist deren Zustand vielerorts katastrophal. Die Schüler*innen sowie die Lehrer*innen haben diese Situation auszubaden: stinkende und funktionsuntüchtige Toiletten, fehlende Rettungswege und mangelhafter Brandschutz, Schimmel, undichte Dächer usw. Hinzu kommt, dass die wenigsten Schulen auf einen funktionierenden Ganztagesunterricht eingerichtet sind.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- beschleunigte Sanierung der Augsburger Schulen
- Barrierefreiheit aller Bildungseinrichtungen
- Verringerung der Klassengrößen in den städtischen Schulen
- Durchsetzung der in der Landesverfassung verankerten Lernmittel- und Gebührenfreiheit

- Einrichtung eines städtischen Sonderförderprogrammes, um sozial benachteiligte Schüler*innen angemessen zu fördern
- funktionierendes und kostenloses WLAN an allen Bildungseinrichtungen
- Geflüchtete müssen von der ersten Woche an eine reguläre Schule oder Kita besuchen können
- sofortiger Beginn der Planung eines Neubaus für die FOS/BOS mit der Mitbestimmung der Schüler*innen, deren Forderungen die Stadt umzusetzen hat – wir unterstützen den aktuellen Protest der Schüler*innen der FOS/BOS
- kostenloses gesundes Frühstück und Mittagessen an Augsburger Schulen
- Einstellung von Schulhausmeister*innen, die wieder ausreichend Zeit für „ihre“ Schule haben
- Rekommunalisierung der Schulreinigung: Es kann nicht sein, dass die Stadt Aufträge an private Reinigungsfirmen vergibt und somit katastrophale Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte fördert. Des Weiteren bleibt so keine Zeit, die Klassenzimmer ordentlich zu reinigen, wodurch das Lernklima an den Schulen massiv leidet.
- Einführung einer flächendeckenden Schulsozialarbeit in Augsburg
- Einführung eines städtischen Angebotes für die Schulen, mehrtägige Kurse in politischer Bildung für alle Schulformen

Kultur – etwas erleben in Augsburg

Kultur macht das Leben erst lebenswert. Kommunale Politik muss allen Menschen ein breites Kulturangebot zukommen lassen. Kultur gibt einen inspirierenden, alternativen Zugang zur Realität. Dieser Möglichkeit darf niemand beraubt werden! Kultur, gerade kritische Kultur, muss in der Alltagspraxis der Menschen verankert sein – also weg von den großen Bühnen und rein in den Alltag der Menschen. Statt eines zentralistischen Staatstheaters soll die „Hochkultur“ zu den Bürger*innen kommen.

Deshalb fordert die LINKE:

- kostenfreien Eintritt in städtische Museen und Ausstellungen
- ein verbindliches Kontingent an Sozialtickets für Theater, Oper und Konzert
- regelmäßige Veranstaltungen des Staatstheaters in den Stadtteilen
- den Ausbau von Kooperationen des Staatstheaters mit Schulen aller Schularten im Sinne seines Bildungsauftrages
- Öffnung des mit viel Steuergeldern sanierten Staatstheaters und der „Interims“-Spielstätten für die Bürger*innen und die freie Kulturszene
- Einrichtung von Kulturzentren in den Stadtteilen, die die Möglichkeit bieten, eine lokale Kulturszene zu schaffen
- Sensibilisierung und Maßnahmen gegen Rassismus und allen anderen Formen von Diskriminierung in der Clubkultur
- Abschaffung der Sperrstunde
- die Bereitstellung sogenannter „Graffiti-Freiflächen“ durch die Stadt Augsburg, also freier Flächen, auf denen Graffiti-Künstler*innen legal sprayen können; auch an Schulen und Hochschulen sollen Projekte geschaffen werden, damit Schüler*innen und Studierende ihre Schulgebäude mitgestalten können

Eine bunte, offene und lebenswerte Stadt lebt gerade durch viele freie Kulturschaffende. Der Knappheit von bezahlbaren Proberäumen, Ateliers und Werkstätten etc. ist daher ein Ende zu setzen – sowohl im innenstädtischen Bereich als auch in den Stadtteilen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Bereitstellung von Räumen zur selbstverwalteten Nutzung für Künstler*innen, damit sich die freie Kulturszene eigenständig entfalten kann
- eine deutlich höhere Förderung der freien Kulturszene
- beratende Mitwirkung einer/s bildenden Künstler*in bei jedem Bauprojekt, um die Arbeit und kommunale Verankerung der bildenden Künstler*innen zu unterstützen
- kostenfreie Ausstellungsflächen für Künstler*innen in städtischen Einrichtungen

Unsere Geschichte verpflichtet uns, die Verbrechen des Nationalsozialismus, die in Deutschland und auch in Augsburg begangen wurden, aufzuklären und den Opfern zu gedenken. Die Stadtregierung kommt dieser Verpflichtung nicht nach, ganz im Gegenteil. Die Stadt Augsburg verhindert immer wieder eine respektvolle Erinnerungskultur. DIE LINKE bekennt sich klar zum Antifaschismus, der lückenlosen Aufarbeitung der NS-Verbrechen und einem würdigen Umgang mit den Opfern und Opferangehörigen.

Daher fordert DIE LINKE:

- Schaffung eines ordentlichen Denkmals für die als „asozial“ Verfolgten in enger Zusammenarbeit mit den Opfervertretungen
- keine Anwendung des sogenannten „engen Opferbegriffs“, wodurch Menschen, die die Shoa überlebt haben, aber in Konzentrationslager deportiert wurden und dort bis zur Befreiung leben mussten, von der Stadt Augsburg nicht als Opfer anerkannt werden
- lückenlose Aufklärung über die Verbrechen, die während und im Nachgang des Nationalsozialismus in Augsburg begangen wurden
- Einrichtung einer Dokumentationsstelle, die diese Informationen allen Bürger*innen zugänglich macht
- verstärkte Bildungsarbeit im Bereich der Erinnerungskultur, die sich insbesondere mit den Voraussetzungen befasst, die den Nationalsozialismus ermöglichten
- Bereitstellung von Räumen und finanziellen Mitteln für mehr Projekte, die sich kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen und dessen Opfern in würdevoller Weise gedenken, wie der Lern- und Gedenkort „Halle 116“; eine kommerzielle Nutzung der „Halle 116“ lehnen wir strikt ab
- eine städtische Erinnerungskulturbeauftragte, die im stetigen Kontakt mit den Opferverbänden steht; die Stadt könnte hiermit zeigen, dass ihr respektvolle Erinnerungskultur ein zentrales Anliegen ist
- DIE LINKE Augsburg sieht die Debatte über die sogenannten „Stolpersteine” als angemessene Gedenkform. Wir setzen uns für einen Diskurs über respektvolle Erinnerungskultur ein.

Kein Raum für Nazis und Faschisten!

Wir stehen gegen rechte Hetze, gegen Rassismus und für Menschenrechte. Die Rechten lösen keine Probleme, sondern suchen Sündenböcke. Doch Solidarität ist unteilbar. Die verfassungsmäßigen Rechte müssen kommunal umgesetzt werden. DIE LINKE bietet Lösungen, die für alle Menschen funktionieren.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Intensivierung des kommunalen Kampfes gegen Rechts und Unterstützung von Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren
- Augsburg muss konsequent gegen Naziaufmärsche vorgehen und diese untersagen
- Entnazifizierung: keine Nazinamen für Schulen, Straßen und Einrichtungen der Stadt
- Einwirkung der Stadt auf Betreiber*innen von Hotels und Gastronomien, die rassistische oder diskriminierende Namen tragen, diese zu ändern. Wir stehen solidarisch an der Seite der Amnesty Jugend in Augsburg und ihrer Kampagne „Drei Möhren”

Umwelt, Nachhaltigkeit, Tierschutz

Kommunale Energiepolitik ist immer auch Klimapolitik. Wir wollen deswegen die Investitionen in erneuerbare Energie erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in Augsburg fördern. Unser Ziel ist eine hundertprozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien. Wir wollen systematisch Potenziale für die regenerative Energie- und Wärmeversorgung steigern.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Ausrufen des Klimanotstandes in Augsburg
- Förderung einer sozial-ökologischen Wirtschaft – bei der Neuansiedlung von Gewerbe soll verstärkt solches Gewerbe und solche Industrie nach Augsburg geholt werden, die zukunftsorientierte Produkte und

Produktionsweisen mit niedrigen Emissionen, guten Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter*innen und geringem Ressourcenverbrauch verbindet
- Förderung von dezentralen Blockheizkraftwerken und von Kraft-Wärme-Kopplung
- Schaffung von Anreizen für eine lokale Energiewende im Zusammenspiel mit dem lokalen Handwerk und Gewerbe sowie stärkere Sanktionen für diejenigen, die Umweltrichtlinien nicht einhalten
- stärkere Förderung von fairem Handel auf lokaler Ebene
- strengere Emissionsrichtlinien
- Förderung der Luftreinhaltung in Gewerbe und Privathaushalten als oberstes Ziel einer kommunalen Luftreinhaltestrategie

- Bäume und Grünflächen in Augsburg sind die „Lunge der Stadt“. Sie senken die Temperaturen und den CO_2-Gehalt, sorgen für ein besseres Stadtklima und für weniger Feinstaub in der Atemluft. Hier muss die Stadt neue Wege gehen und bereits versiegelte Flächen begrünen. Grünflächen und landwirtschaftliche Flächen sind zudem Lebensraum zahlreicher Tierarten. Sie sind durch einen nachhaltigen und ökologischen Umgang zu schützen.

Deshalb fordert DIE LINKE:
- Verhinderung von Flächenversiegelung im Stadtbereich
- Bereitstellung von Fördertöpfen mithilfe des Landes, die bei Neu- und Bestandsgebäuden die Errichtung begrünter Fassaden und begrünter Dächer fördern
- grüne Korridore für Artenvielfalt
- Legalisierung und Ermöglichung von Urban Gardening überall
- biologische Bewirtschaftung der Landwirtschaftsflächen in der Stadt nach den neuesten Erkenntnissen des Umwelt- und Artenschutzes
- Verbot des Einsatzes von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen „Keulen“ im Stadtgebiet

Um die Klimaziele zu erreichen, ist es von großer Bedeutung, den Plastik- und Kunststoffverbrauch zu senken. Die Möglichkeit, auf Kunststoffverpackungen zu verzichten, ist meist stark von der finanziellen Situation des Einzelnen abhängig. Nicht jede*r kann sich den Gang zum Unverpacktladen oder zum Stadtmarkt leisten. Daher ist die Stadt in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Konsumverhalten zu ändern.

Deshalb fordert DIE LINKE:
- kein Einweggeschirr auf städtischen Veranstaltungen
- Prüfung der städtischen Verwaltung auf ihre Möglichkeiten der Plastikvermeidung
- Intensivierung der Informationskampagnen zur (Plastik-)Müllvermeidung
- Entwicklung eines Pfandsystems für die Augsburger Gastronomien, die Getränke und Essen „to go“ anbieten, z.B. der Campus-Becher an der Universität Augsburg
- Unterstützung von Initiativen zur Plastikvermeidung
- Unterstützung von Food-Sharing-Angeboten, die es bereits in der Stadt gibt; insbesondere bei städtischen Veranstaltungen oder Veranstaltungen, die die Stadt mitfinanziert, darf kein genießbares Essen weggeworfen werden
- Einsatz von plastikfreien Hundekotbeuteln

Um die Sensibilität für den Tierschutz zu erhöhen und die politische wie auch öffentliche Kontrolle zu intensivieren, werden wir die Einführung jährlicher Tierschutzberichte des Veterinäramtes beantragen. Augsburg muss in der Verwaltungspraxis streng auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben für Tierhaltung und Tierschutz achten.

Deshalb fordert DIE LINKE:
- bessere Ausstattung des Veterinäramtes
- kostendeckende Finanzierung von Tierheimen: Bei der Unterbringung von Tieren muss die Qualität der Unterbringung im Vordergrund stehen und nicht der Preis des Anbieters, da sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass dadurch die Situation der Tiere keinen Tierschutzstandards mehr entspricht.
- Wildtierverbot in Zirkusvorstellungen in Augsburg

- Verbot von tierschutzwidrigen Veranstaltungen, wie etwa Reptilienmessen oder Pferdeshows
- Förderung der Imkerei auf städtischen Grünflächen und in Schrebergärten
- Durchsetzung des Fütterungsverbotes von Wasservögeln und Tauben in der Stadt
- die Forderung von Augsburger Tierschutzinitiativen endlich ernst nehmen und das Ponyreiten auf dem Augsburger Plärrer verbieten

Friedensstadt? Kommunale Initiativen für Frieden und Konversion

Kriege und ungerechter Handel sind der Hauptgrund für Hunger in der Welt, Flucht und Vertreibung. Rüstungsexporte, Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze verursachen nicht nur hohe Kosten, sondern schaffen vor allem auch unermessliches menschliches Leid.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ – an Augsburger Schulen soll verboten werden, dass die Bundeswehr dort für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich wirbt
- ein Ende jeglicher Militärforschung an universitären und öffentlichen Einrichtungen jeglicher Art
- Konversion der bayerischen Rüstungsbetriebe in zivile Produktion
- kommunale Zivilklauseln bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten
- der Slogan „Friedensstadt“ muss mit Inhalt gefüllt werden
- das Friedensfest als klares Bekenntnis zu Antimilitarismus und Frieden
- Umgestaltung oder Umwidmung aller Kriegsdenkmäler in Friedensdenkmäler
- Benennung von Straßen nach Pazifist*innen, Widerstandskämpfer*innen im Nationalsozialismus und nach den Opfern rechter Gewalt, insbeondere des NSU
- konsequentes Engagement der Stadt Augsburg bei „Mayors for Peace“ (Bürgermeister*innen für den Frieden)
- Beendigung der Patenschaft für eine Korvette der Bundesmarine; Augsburg soll stattdessen die Patenschaft für ein Schiff der zivilen Seenotrettung übernehmen

Wer soll das bezahlen?

Diverse Bundesregierungen haben den Kommunen im Sozialbereich Aufgaben übertragen bzw. die Aufgaben erweitert, ohne deren Finanzierung sicherzustellen. Und vorhandene Gelder fließen in Prestigeprojekte, anstatt der Bevölkerung zugute zu kommen. Als „ärmste Stadt Bayerns“ muss Augsburg sich in München Gehör verschaffen und hier für eine langfristige Entlastung des Augsburger Haushalts sorgen.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- keine Prestigeprojekte
- Prüfen von Einsparmöglichkeiten bei der Staatstheatersanierung
- Prüfen der Gewerbesteuerverfahren hier ansässiger Unternehmen mit eigenen Steuerprüfer*innen – in Bonn wurden damit gute Erfahrungen gemacht und in zwei Jahren Mehreinnahmen von 2 Millionen Euro generiert
- keine weitere finanzielle Unterstützung des Augsburger Flughafens (ca. 1 Million Euro pro Jahr)
- Entschuldungsprogramm für Augsburg
- volle Übernahme der Kosten für Lehrer*innen durch den Freistaat – aktuell werden Kommunen vom Freistaat nur rund 60 Prozent der Kosten ersetzt, während Privatschulen 100 Prozent der Personalkosten ersetzt bekommen; dadurch hätte die Stadt mindestens 300 Millionen Euro, die in die dringend notwendige Schulsanierung fließen könnten
- Nutzung von Dienstwagen der Amtsträger nur für explizite Dienstfahrten im Amt
- Aufwandsentschädigungen von Aufsichts- und Verwaltungsräten aus den Reihen des Stadtrates müssen zu 100 Prozent an die Stadt abgeführt werden
- Deckelung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für den Stadtrat

Platz für Notizen:

Jetzt mitmachen und etwas bewegen!

Eine Partei lebt von und mit ihren Mitgliedern und Mitstreiter*innen. Auch DIE LINKE freut sich über neue Gesichter, um als starke, finanziell unabhängige und weiter wachsende Mitgliederpartei in Augsburg agieren zu können.

Du willst uns kennenlernen?

Unser Stammtisch trifft sich jeden zweiten Montag des Monats ab 19.00 Uhr im Bistro Le Coq, Weiße Gasse 8, 86150 Augsburg mitten in der Altstadt.

Spenden

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht käuflich. Für Spenden von Mitgliedern und Unterstützer*innen sind wir aber dankbar. Durch diese Spenden ist es möglich, unseren Wahlkampf zu finanzieren. Wir haben noch viel zu tun und jede Menge gute Ideen, die wir mit zusätzlichen Spenden verwirklichen können. Uns hilft jeder Euro.
Stadtsparkasse Augsburg DE53 7205 0000 0251 3439 84 DIE LINKE. KREISVERBAND AUGSBURG

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen und die Anschrift an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.

www.augsburg-sozial.de

#AugsburgSozial

#Augsburg2020

Impressum:
DIE LINKE. Kreisverband Augsburg
Programm zur Kommunalwahl 2020
V.i.S.d.P: Frederik Hintermayr

Linksbüro
Mauerberg 31
86152 Augsburg

DIE LINKE.